

## Die nationalistische und die kommunistischen Fraktionen der rußländischen Staatsduma

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1995). *Die nationalistische und die kommunistischen Fraktionen der rußländischen Staatsduma*. (Berichte / BIOst, 28-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41874>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.  
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon	0221/5747-0,	Telefax	0221/5747-110
---------	--------------	---------	---------------

ISSN 0435-7183

## Inhalt

Seite

### Kurzfassung

.....  
4

### Einführung

.....  
8

### 1. Mitgliederanalyse

.....  
9

a) Sozialer Background.....9

b) Bildung.....9

c) Karrieremuster.....9

d) Komiteeleitung.....10

e) Führungspositionen.....12

### 2. Abstimmungsverhalten

.....  
12

### 3. Schwerpunkte der Parlamentsarbeit

.....  
15

### 4. Fallbeispiel Tschetschenien

.....  
16

a) Föderationsrat.....16

b) Staatsduma.....17

### 5. Beurteilung

.....  
21

### Summary

24. April 1995

**Eberhard Schneider**

## **Die nationalistische und die kommunistischen Fraktionen der rußländischen Staatsduma**

**Bericht des BIOst Nr. 28/1995**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Der vorliegende Bericht untersucht die nationalistische und die beiden kommunistischen Fraktionen der Staatsduma: die Fraktion der Liberaldemokratischen Partei Rußlands (LDPR) unter Wladimir Shirinowskij (13,1% oder 58 Abgeordnete), der Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation unter Gennadij Sjiganow (10,1% oder 45 Abgeordnete) und der Agrarpartei Rußlands (12,4% oder 55 Abgeordnete) unter Michail Lapschin. Außer ihnen gibt es nur noch zwei weitere Fraktionen bzw. Gruppen: die demokratische Fraktion der Wählergemeinschaft "Wahl Rußlands" (WR) und die zentristische Gruppe "Neue regionale Politik" (NRP). In der Staatsduma bilden die nationalistische und die beiden kommunistischen Fraktionen mit 35,6 Prozent nach den Demokraten, denen außer der WR noch eine Reihe kleinerer Gruppierungen zuzurechnen sind und die 36,9 Prozent haben, das zweitstärkste "Lager". Ernstzunehmende Moskauer Prognosen gehen davon aus, daß bei der für den 12. Dezember 1995 vorgesehenen Staatsdumawahl die kommunistischen/nationalistischen Fraktionen ihren Stimmenanteil verdoppeln könnten.

Der erste Teil des Berichts analysiert die Mitglieder der nationalistischen und der beiden kommunistischen Fraktionen der Staatsduma hinsichtlich ihres sozialen Backgrounds und ihrer Bildung, prüft Karrieremuster, befaßt sich mit ihrer Vertretung in den Komitees (Ausschüssen) der Staatsduma und in Führungspositionen des Parlaments. Im zweiten Teil untersucht der Bericht das Abstimmungsverhalten und die Parlamentsarbeit der drei Fraktionen. Im dritten Teil wird auf das Verhalten des gesamten Parlaments, also des Föderationsrats und der Staatsduma, in bezug auf die Militärinvasion am 11. Dezember 1994 in Tschetschenien eingegangen.

Bei der Untersuchung der Biographien der Abgeordneten der drei Fraktionen wurde das Computerprogramm "Statistical Package for the Social Sciences" angewandt. Die Analyse des Abstimmungsverhaltens stützt sich auf das statistische Verfahren der Datenbank des Moskauer Zentrums für angewandte politikwissenschaftliche Forschung "INDEM".

#### *Ergebnisse*

1. Im soziologischen Profil unterscheiden sich die Abgeordneten der nationalistischen und der beiden kommunistischen Fraktionen relativ wenig voneinander. Das Durchschnittsalter bewegt sich zwischen 45 (LDPR) und 51 Jahren (APR). Der Frauenanteil liegt zwischen 5,5 Prozent (APR) und 11,1 Prozent (KPRF). In allen drei Fraktionen entspricht der prozentuale Anteil der Russen mit rund vier Fünfteln in etwa ihrem Anteil von 81,5 Prozent an der Bevölkerung der

Rußländischen Föderation.

2. Fast alle Abgeordneten der drei Fraktionen haben studiert, am häufigsten technische Wissenschaften bei der Shirinowskij- und bei der Sjuganow-Fraktion (24,1% bzw. 22,2%), Landwirtschaft (49,1%) bei den Agrariern. Relativ schwach vertreten sind die Geisteswissenschaften.
3. Die häufigsten Karrierebereiche, aus denen die Abgeordneten der drei Fraktionen in die Staatsduma gewählt wurden, waren bei der LDPR "LDPR-Parteiparat" (27,6%), bei der KPRF "Wissenschaft" (26,7%) und bei APR sowohl "Landwirtschaft" als auch "Staatsapparat" (je 20,0%).
4. Der hohe Anteil von LDPR-Abgeordneten in Karrierepositionen der zentralen Ebene (51,7%) zeigt, wie relativ schwach die Partei in den Regionen verankert ist. Dafür spricht auch die deutliche Dominanz von Moskau, dem am häufigsten vertretenen Karriereort zum Zeitpunkt der Wahl - bei den LDPR-Abgeordneten (69,0%) -, sowie das Überwiegen von städtischen Karrierepositionen bei ihnen (94,8%). Bei den beiden anderen Fraktionen wurden die meisten Abgeordneten in Karrierepositionen auf lokaler Ebene in die Staatsduma gewählt (KPFR 31,1,% bzw. APR 40,0%).
5. Daß die meisten Abgeordneten der drei Fraktionen Angestellte sind (zwischen 67,3 und 82,8%), entspricht dem aus UdSSR-Zeiten stammenden Überwiegen dieser sozialen Gruppe in der Bevölkerung. Am zweithäufigsten sind die Abgeordneten der LDPR-Fraktion Unternehmer (8,6%), der KPFR-Fraktion Arbeitslose (11,1,%) und der APR-Fraktion Kollektivbauern (14,5%). Diese zweite Häufigkeit - wenn auch mit niedrigen Prozentsätzen - sagt etwas über die soziale Basis dieser drei Parteien und ihre Klientel aus.
6. Mit 91,4 Prozent kamen die LDPR-Abgeordneten am häufigsten über die Parteilisten in die Staatsduma, gefolgt von den Kommunisten mit 71,1 Prozent und den Agrariern mit 40,0 Prozent. Diese Werte sind ein Indiz dafür, daß die LDPR nur eine schwache Basis in der Provinz hat. Die meisten Direktmandate konnte die Agrarpartei erringen, was zeigt, wie stark sie auf dem Lande verankert ist. Daß die LDPR eine neue Partei ist und sich nicht auf die KPdSU als Vorläuferin stützen kann, wie die KPRF in den Industriegebieten und die APR auf dem Lande, ist auch daraus zu entnehmen, daß kein LDPR-Abgeordneter dem rußländischen und nur ein einziger dem sowjetischen Volksdeputiertenkongreß angehört hat. Das steht in krassem Gegensatz zur Agrarfraktion mit mehr als einem Drittel ehemaliger rußländischer Volksdeputierter und zur Fraktion der Kommunisten mit mehr als einem Zehntel ehemaliger rußländischer Volksdeputierter.
7. Im Gegensatz zu Sjuganow, dessen Fraktionsmitglieder in keinem Komitee stark vertreten sind, setzte Shirinowskij bei der Mitgliedschaft in den Staatsduma-Komitees Schwerpunkte, die hauptsächlich im außenpolitischen Bereich liegen. Nur die Agrarier zeigen in ihrer Komiteearbeit ein noch deutlicheres Profil: 38,2 Prozent gehören - wie nicht anders zu erwarten - dem Komitee für Agrarfragen an. Die Shirinowskij-Abgeordneten versuchen - im Gegensatz zu den anderen beiden Fraktionen - die Arbeit der Staatsduma über die Komitees zu steuern, denn sie stellen fünf (8,5%) Komiteevorsitzende.

8. An der Führungsspitze der Staatsduma sind die drei Fraktionen gut vertreten: Sie stellen mit Iwan Rybkin (APR) den Vorsitzenden und mit Alexander Wengerowskij (LDPR) und Gennadij Selesnew (KPFR) zwei von fünf stellvertretenden Vorsitzenden.
9. Die drei Fraktionen stimmten während der ersten Sitzungsperiode der Staatsduma vom 11. Januar bis zum 22. Juli 1994 im allgemeinen ähnlich ab. Lediglich im Juli gab sich die APR-Fraktion etwas weniger antireformerisch, und die KPFR-Fraktion stimmte etwas weniger häufig gegen Regierungsvorlagen. In der Wirtschaftspolitik war die KPFR-Fraktion für ein Bremsen des Reformtempos. Deutlicher fällt die LDPR-Fraktion aus dem gemeinsamen Rahmen: Sie war für Fraktionsdisziplin und Machtzentralisierung. In der Außenpolitik votierte sie öfter gegen Kompromißlösungen und in der Wirtschaftspolitik häufiger gegen Reformen.
10. Zu wichtigen politischen Themen der Parlamentsarbeit der LDPR-Fraktion gehörte die gesetzmäßige Verankerung des "imperativen Mandats" von oben. Wäre die Mehrheit der Abgeordneten Shirinowskij gefolgt, hätte er das Recht erhalten, mißliebigen Fraktionsmitgliedern das Mandat zu entziehen und es willfähigen Abgeordneten zu geben. Nach dem "Schwarzen Dienstag", dem 11. Oktober 1994, an dem der Rubel über 20 Prozent an Wert verlor, brachte die LDPR-Fraktion in der Staatsduma einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein, der allerdings nur 30 Abgeordnete das Mißtrauen aussprachen.

Die KPFR-Fraktion konzentrierte ihre politische Arbeit auf die Ablösung der gegenwärtigen Führung Rußlands, die nach Ansicht der KPFR prinzipiell unfähig ist, das Land vernünftig zu lenken, auf die Änderung der bestehenden und die Annahme einer neuen Verfassung, welche den Interessen und Erfordernissen aller größeren sozialen Bevölkerungsgruppen gerecht werde, und auf die Wiedererrichtung des "Systems der Volksherrschaft", das auf dem System der Sowjets basiert.

Die APR-Fraktion ist im Grunde nichts anderes als eine Lobby ihrer Wähler mit dem einzigen Ziel, die Privatisierung der Landwirtschaft zu verhindern und möglichst viele staatliche Gelder zu bekommen, die hauptsächlich über die Agrar-(Geschäfts)Bank abgewickelt werden: Dies hat zur Folge, daß auf dem Weg von der Regierung zu den Landwirtschaftsbetrieben ein nicht geringer Teil der staatlichen Gelder "verlorengeht", d.h. in privaten Taschen verschwindet. Eigene politische Ziele, die sich von denen der KPFR unterscheiden, verfolgt die APR nicht.

11. Zur russischen Militärintervention in Tschetschenien verhielt sich das Parlament (Föderalversammlung), das Föderationsrat und Staatsduma umfaßt, folgendermaßen: Der Föderationsrat rügte am 17. Dezember 1994 Präsident Boris Jelzin wegen Mißachtung seines Beschlusses vom 8. Dezember 1994, in Tschetschenien so lange keine Gewalt einzusetzen, bis die Staatsorgane in Übereinstimmung mit der Verfassung eine andere Entscheidung

gefällt haben. Er forderte die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen sowie die Fortsetzung der Verhandlungen.

Während die Staatsduma am 13. Dezember 1994 ebenfalls noch die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen forderte, machte sie sich zehn Tage später die offizielle Begründung zu eigen, daß es in Tschetschenien um die Entwaffnung illegaler militärischer Formationen gehe, was ohne militärische Gewaltanwendung nicht möglich sei. Am 13. Januar 1995 setzte die Staatsduma eine Kommission ein, die alle Umstände untersuchen sollte, die zur Tschetschenien-Krise geführt haben.

Weder wurde der Regierung das Mißtrauen ausgesprochen noch wurde beschlossen zu prüfen, ob ein Verfahren zur Amtsenthebung des Präsidenten wegen des in der Verfassung nicht vorgesehenen Einsatzes der Armee und wegen massiver Verletzung wichtiger, in der rußländischen Verfassung verankerter Grundrechte einzuleiten sei. Am 10. März 1995 setzte die Staatsduma den Menschenrechtsbeauftragten des Parlaments, Sergej Kowaljow, wegen seiner Kritik an der Militärintervention ab.



## Einführung

Mit der Parlamentswahl vom 12. Dezember 1993 versuchte Jelzin eine weniger widerspenstige Staatsduma zu bekommen, als es der Volksdeputiertenkongreß der Rußländischen Föderation war, den er zusammen mit dem Obersten Sowjet der Rußländischen Föderation am 21. September 1993 aufgelöst hatte.<sup>1</sup> Doch die politische Konstellation in der Staatsduma ist ähnlich wie im Volksdeputiertenkongreß vor dessen Auflösung: Weder der Präsident noch die Regierung haben eine Mehrheit in der Staatsduma.<sup>2</sup>

In der neuen Staatsduma, deren Abgeordnete erstmals zur Hälfte nach Listen und zur Hälfte direkt gewählt wurden, verfügen die nationalistische und die beiden kommunistischen Fraktionen über ein gutes Drittel der Stimmen: Die Fraktion der Liberaldemokratischen Partei Rußlands (LDPR) mit Wladimir Schirinowskij<sup>3</sup> als Fraktionsvorsitzendem zählt 58 Mitglieder oder 13,1 Prozent der Abgeordneten, die Fraktion der Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation (KPRF) mit Gennadij Sjuganow als Fraktionsvorsitzendem hat 45 Mitglieder oder 10,1 Prozent der Abgeordneten und die Fraktion der Agrarpartei Rußlands (APR) unter dem Fraktionsvorsitzenden Michail Lapschin 55 Mitglieder oder 12,4 Prozent der Abgeordneten (vgl. Tabelle 1). Die Mitglieder der APR sind meistens Altkommunisten aus dem ländlichen Bereich, oft Kolchosvorsitzende. Sie gründeten eine eigene Partei als KP-Ersatz, weil Anfang 1993 nicht abzusehen war, ob sich eine starke KP noch vor der Dezember-Wahl wird formieren können.

Die nationalistische und die beiden kommunistischen Parteien sind in der Staatsduma so stark vertreten, daß sie jeweils die für die Bildung einer Fraktion vorgeschriebene Mindestmitgliederzahl von 35 erreichten und drei Fraktionen bilden konnten. Auf der Seite der Demokraten gelang das lediglich der Fraktion "Wahl Rußlands" (WR) unter dem ehemaligen Amtierenden Premier Jegor Gajdar, die 75 Mitglieder zählt. Zu einer Staatsduma-Gruppe schlossen sich unter dem Präsidenten der Union der Ölindustriellen Rußlands, Wladimir Medwedew, direkt gewählte Abgeordnete zusammen. Sie hatten auf keiner Parteiliste kandidiert und konnten deshalb mit 61 Abgeordneten keine Fraktion, sondern nur eine Gruppe bilden, die sich "Neue regionale Politik" (NRP) nennt. Fraktionen und Gruppen haben die gleichen Rechte. In der NRP sind - wie der Name schon sagt - hauptsächlich Abgeordnete aus den Regionen zu finden, die politisch weder den Demokraten noch den Nationalisten oder Kommunisten zuzurechnen sind und eher zentristisch abstimmen. Die übrigen Gruppierungen aus dem demokratischen und dem zentristischen Lager haben weniger als 35 Mitglieder, so daß sie weder den Status einer Fraktion noch einer Gruppe beanspruchen können.<sup>4</sup>

Ernstzunehmende Moskauer Prognosen gehen davon aus, daß bei den für 1995 vorgesehenen Staatsdumawahlen die nationalistische und die beiden kommunistischen Parteien nicht nur ein Drittel, sondern zusammen zwei Drittel der Stimmen gewinnen werden.<sup>5</sup> Es stellt sich die Frage nach

<sup>1</sup> Sobranie aktov Prezidenta i Pravitel'stva Rossijskoj Federacii, 39, 1993, Pos. 3597.

<sup>2</sup> Vgl. Eberhard Schneider, Die russischen Parlamentswahlen 1993 und die neue Verfassung, Berichte des BIOst, 15, 1994.

<sup>3</sup> Vgl. Eberhard Schneider, Schirinowskij und seine Partei, Berichte des BIOst, 35, 1994.

<sup>4</sup> Reglament Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija - parlamenta Rossijskoj Federacii, Moskau 1994, Art. 28.

<sup>5</sup> Persönliche Information aus der Staatsduma, die der Autor in Moskau im Rahmen einer Studienreise im November 1994, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziell gefördert worden war, erhielt.

den derzeitigen Mitgliedern dieser Fraktionen. Was sind das für Abgeordnete? Wie einheitlich ist ihr Abstimmungsverhalten?

## **1. Mitgliederanalyse**

### ***a) Sozialer Background***

Im soziologischen Profil unterscheiden sich die Abgeordneten der drei Fraktionen relativ wenig voneinander. Das niedrigste Durchschnittsalter hat mit 45 Jahren die LDPR-Fraktion, gefolgt von der KPRF-Fraktion mit 50 Jahren und der APR-Fraktion mit 51 Jahren. Der Frauenanteil der LDPR liegt mit 6,9 Prozent (4 Frauen) zwischen dem der APR mit 5,5 Prozent (3 Frauen) und der KPRF mit 11,1 Prozent (5 Frauen). In den drei Fraktionen entspricht der prozentuale Anteil der Russen mit vier Fünfteln (LDPR 86,2% oder 50, APR 81,8% oder 45, KPRF 80,0% oder 36) in etwa ihrem Anteil von 81,5 Prozent<sup>6</sup> an der Bevölkerung der Rußländischen Föderation (vgl. Tabelle 2).

### ***b) Bildung***

Fast alle Abgeordneten der drei Fraktionen haben eine Hochschule absolviert - APR-Fraktion 100 Prozent (55 Abgeordnete), LDPR-Fraktion 91,4 Prozent (53) und KPRF-Fraktion 91,1 Prozent (41) -, wobei die Geisteswissenschaften relativ schwach vertreten sind (vgl. Tabelle 3). Die technischen Wissenschaften sind das dominierende Studienfach: Es rangiert sowohl bei der Shirinowskij- als auch der Sjuganow-Fraktion mit 23,1 Prozent (14) bzw. 22,2 Prozent (10) an erster Stelle. Bei den Abgeordneten der Agrarpartei liegt es mit einem ähnlich hohen Prozentwert von 27,3 Prozent (15) an zweiter Stelle, denn hier dominiert verständlicherweise das Landwirtschaftsstudium mit 49,1 Prozent (27). Bei den LDPR-Abgeordneten rangiert mit 20,7 Prozent (12) das Wirtschaftsstudium, zumeist Politökonomie, an zweiter Stelle und bei den kommunistischen Abgeordneten das Jurastudium mit 17,8 Prozent (8), das bei den Shirinowskij-Abgeordneten an dritter Stelle steht (13,8% oder 8).

### ***c) Karrieremuster***

Die häufigsten Karrierebereiche (vgl. Tabelle 4), aus denen die Abgeordneten der drei Fraktionen in die Staatsduma gewählt wurden, waren bei der LDPR "LDPR-Parteiapparat" (27,6% oder 16), bei den Kommunisten "Wissenschaft" (26,7% oder 12; bei der LDPR mit 24,1% oder 14 an zweiter Stelle), bei den Agrariern "Landwirtschaft" sowie "Staatsapparat" (je 20,0% oder je 11) und "Privatwirtschaft" (bei der APR mit 18,2% oder 10 und bei der KPRF mit 13,3% oder 6 zweite Häufigkeit, bei der LDPR mit 13,8% oder 8 dritte Häufigkeit). Der hohe Anteil von LDPR-Abgeordneten in Karrierepositionen auf der Bundesebene (51,7% oder 30) zeigt, wie relativ schwach die Partei in den Regionen verankert ist (vgl. Tabelle 5). Bei den beiden anderen Fraktionen wurden die meisten Abgeordneten in Karrierepositionen auf lokaler Ebene in die Staatsduma gewählt (APR 40,0% oder 22, KPRF 31,1% oder 14). Bei den Kommunisten wurden nur 17,8 Prozent (8) Abgeordnete in

<sup>6</sup> Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien (Hg.), *Aufbruch im Osten Europas. Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus*, München 1993, S. 354.

Karriererepositionen auf der zentralen Ebene in die Staatsduma gewählt und bei den Agrariern 20,0 Prozent (11). Dem entspricht auch die deutliche Dominanz von Moskau - der am häufigsten vertretenen Stadt - unter den Karriereorten bei den LDPR-Abgeordneten (69,0% oder 40) sowie das Überwiegen von städtischen Karrierepositionen bei ihnen (94,8% oder 55).

Daß die meisten Abgeordneten der drei Fraktionen Angestellte sind (zwischen 67,3 und 82,8%), entspricht dem aus UdSSR-Zeiten stammenden Übergewicht dieser sozialen Gruppe in der berufstätigen Bevölkerung (vgl. Tabelle 6). Am zweithäufigsten sind die Abgeordneten der LDPR-Fraktion Unternehmer (8,6 % oder 5), der KPRF-Fraktion Arbeitslose (11,1% oder 5) und der APR-Fraktion Kolchosbauern (14,5% oder 8). Diese zweite Häufigkeit - wenn auch mit niedrigen Prozentsätzen - verdeutlicht die soziale Basis und die Klientel dieser drei Parteien.

Nicht alle Mitglieder der Fraktionen gehören der Partei an, welche die Fraktion bildet. Das ist meistens der Fall, wenn die Partei relativ jung ist und deshalb nicht über genügend Parteimitglieder für eine Staatsdumakandidatur verfügte. Den höchsten Organisationsgrad mit 84,4 Prozent (38) Parteimitglieder weist die KPRF-Fraktion auf (vgl. Tabelle 7), gefolgt von der LDPR-Fraktion mit 62,1 Prozent (36) und der APR-Fraktion mit 43,6 Prozent (24). Am häufigsten kamen mit 91,4 Prozent (53) die Shirinowskij-Abgeordneten über die Parteiliste in die Staatsduma, gefolgt von den Kommunisten mit 71,1 Prozent (32) und den Agrariern mit 40,0 Prozent (22). Diese Werte sind ein weiteres Indiz dafür, daß die LDPR nur eine schwache Basis in der Provinz hat, während die Agrarpartei die meisten Direktmandate erringen konnte, was zeigt, wie stark sie auf dem Lande verankert ist.

Daß die LDPR eine neue Partei ist und sich nicht wie die KPRF in den Industriegebieten und die APR auf dem Lande auf die KPdSU als Vorläuferin stützen kann, ist auch daraus zu entnehmen, daß kein LDPR-Abgeordneter dem rußländischen und nur einer dem sowjetischen Volksdeputiertenkongreß angehört hatte. Das steht in krassem Gegensatz zur Agrarfraktion mit mehr als einem Drittel ehemaliger rußländischer Volksdeputierter (34,5% oder 19) und den Kommunisten mit mehr als einem Zehntel (11,1% oder 5).

#### *d) Komiteeleitung*

Im Gegensatz zu Sjuganow, dessen Fraktionsmitglieder in keinem Komitee stark vertreten sind, setzte Shirinowskij bei der Mitgliedschaft in den Staatsduma-Komitees (vgl. Tabelle 8) Schwerpunkte, die hauptsächlich im außenpolitischen Bereich liegen. Die meisten Mitglieder entsandte seine Fraktion in das Komitee für Geopolitik (15,5% oder 9), gefolgt vom Komitee für Industrie, Bauwesen, Verkehr und Energiewirtschaft (13,8% oder 8) sowie vom Komitee für Internationale Beziehungen (8,6% oder 5). Nur die Agrarier zeigen in ihrer Komiteearbeit ein noch deutlicheres Profil: 38,2 Prozent (21) gehören - wie nicht anders zu erwarten - dem Komitee für Agrarfragen an.

Die Shirinowskij-Abgeordneten versuchen - im Gegensatz zu den beiden anderen Fraktionen - über die Komitees die Arbeit der Staatsduma zu steuern (vgl. Tabelle 9), denn sie stellen fünf (8,5%) Komiteevorsitzende (Arbeit und Sozialhilfe; Ökologie; Industrie, Bauwesen, Verkehr und Energiewirtschaft; Naturressourcen und -nutzung; Geopolitik) und elf (19,0%) stellvertretende

Komiteevorsitzende, im Gegensatz zu den anderen beiden Fraktionen, die - wie die Agrarier - 9 (16,4%) bzw. - wie die Kommunisten - nur 6 (13,3%) stellvertretende Komiteevorsitzende aufbieten. Von Kommunisten wird das Komitee für Sicherheit sowie für gesellschaftliche Vereinigungen und religiöse Organisationen geleitet. Die Agrarier stellen die Vorsitzenden in dem Komitee für Agrarfragen sowie dem für Gesetzgebung und Rechtsreform.

Auf der Stellvertreterebene ist die LDPR in folgenden elf Komitees vertreten: Gesetzgebung, Gerichts- und Rechtsreform; Angelegenheiten der Frau, Familie und Jugend; Haushalt, Steuern, Banken und Finanzen; Wirtschaftspolitik; Eigentum, Privatisierung und wirtschaftliche Tätigkeit; Verteidigung; Sicherheit; Internationale Angelegenheiten; Geopolitik; Angelegenheiten der Föderation und Regionalpolitik; Informationspolitik und Kommunikation.

KPFR-Deputierte sind stellvertretende Vorsitzende folgender sechs Komitees: Bildung, Kultur und Wissenschaft; Angelegenheiten der Frau, Familie und Jugend; Industrie, Bauwesen, Verkehr und Energiewirtschaft; Nationalitätenangelegenheiten; Angelegenheiten der Föderation und Regionalpolitik; Informationspolitik und Kommunikation.

Die APR besetzt die Stellvertreterstühle in folgenden neun Komitees: Gesundheitsschutz; Angelegenheiten der Frau, Familie und Jugend; Haushalt, Steuern, Banken und Finanzen; Agrarfragen; Naturressourcen und -nutzung; Angelegenheiten der GUS und Verbindung zu den Landsleuten; Fragen der lokalen Selbstverwaltung; Organisation der Arbeit der Staatsduma; Informationspolitik und Kommunikation. Somit sind die nationalistische und die beiden kommunistischen Parteien in allen Komitees auf der Leitungsebene vertreten.

Die Komiteevorsitzenden, bei deren Verhinderung ihre Vertreter, sind mit beratender Stimme Mitglieder des Rates der Staatsduma. Dieser Rat, dem der Vorsitzende der Staatsduma und die - Vorsitzenden der Staatsduma-Fraktionen und -gruppen mit vollem Stimmrecht angehören, plant und organisiert die Tätigkeit der Duma, legt fest, welchen Komitees welche Gesetzesentwürfe zur Prüfung vorgelegt werden und entscheidet über die Durchführung von Hearings. Das für ein Gesetzgebungsprojekt verantwortliche Komitee bereitet den Gesetzesentwurf zur ersten Lesung in der Staatsduma vor.<sup>7</sup>

Den prozentual stärksten Einzug hat die LDPR in das Komitee für Geopolitik\*gehalten (9 von 15 Mitgliedern oder 60,0%). Dieses Komitee wurde extra für die Shirinowskij-Leute geschaffen, um sie vom Komitee für internationale Beziehungen fernzuhalten, in das sie drängten.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> Reglament Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija - parlamenta Rossijskoj Federacii, Moskau 1994, Art. 13-15, 106.

<sup>8</sup> Die Geopolitik ist ein in seinem Wissenschaftscharakter fragwürdiges Grenzfach zwischen Geographie, Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie. Die Hauptthese der Geopolitik ist, daß die Geographie die Politik bedingt. Der Begriff Geopolitik wurde 1905 vom schwedischen Politiker und Staatsrechtler Rudolf Kjellén geprägt. Die in Deutschland vom Münchener Professor Karl Haushofer, der 1946 Selbstmord beging, entwickelte bedeutende Schule der Geopolitik stand u.a. durch dessen Schüler Rudolf Heß in Verbindung mit dem Nationalsozialismus. (Nach "Meyers Enzyklopädisches Lexikon". Mannheim, Wien, Zürich 1974, Bde. 10 und 11.)

<sup>9</sup> Information aus Gesprächen des Autors mit Duma-Abgeordneten in der Zeit vom 13. bis 26. November 1994 in Moskau.

## e) Führungspositionen

An der Spitze der Staatsduma sind die nationalistische und die beiden kommunistischen Parteien gut repräsentiert: Am 14. Januar 1994 wurde nach mehreren Anläufen das APR-Mitglied Iwan Rybkin zum Dumavorsitzenden gewählt. Der Absolvent des Wolgograder Landwirtschaftsinstituts sowie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU war 1990 zweiter Sekretär des Gebietspartei Komitees der KPdSU von Wolgograd und 1991 Leiter einer Abteilung des ZK der KP der RSFSR. Im Volksdeputiertenkongreß koordinierte er die Arbeit der Fraktion "Kommunisten Rußlands" und war dann als stellvertretender Leiter der Hauptverwaltung Wasserwirtschaft im rußländischen Landwirtschaftsministerium tätig.<sup>10</sup>

Während der erste stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma, Michail Mitjukow, der WR angehört, stellt die LDPR mit Alexander Wengerowskij und die KPRF mit Gennadij Selesnew jeweils einen stellvertretenden Vorsitzenden. Alexander Wengerowskij ist erster stellvertretender LDPR-Vorsitzender sowie stellvertretender Regierungschef und zugleich Nachrichtendienstchef im Schattenkabinett Shirinowskij. Wengerowskij, Jahrgang 1953, absolvierte das Moskauer Luftfahrtinstitut als Ingenieur für Radiotechnik im Rang eines Offiziers für militärische Raumfahrt und arbeitete dann in einem Rüstungsforschungsinstitut. Später leitete er eine Hauptverwaltung im rußländischen Komitee für Informatisierung (Roskominformatizacija). Er ist ein erfahrener Spionageabwehrmann und hat gute Kontakte zum militärisch-industriellen Komplex, besonders zur Raumfahrt, sowie zu Unternehmen der Chemie- und Holzindustrie. Wengerowskij ist der engste Berater Shirinowskij und hat großen Einfluß auf die Leitung der Partei.<sup>11</sup>

Gennadij Selesnew, Jahrgang 1947, ist Vizepräsident der "Prawda" Aktiengesellschaft. Nach einem Studium an der Leningrader Staatlichen Universität begann er seine politische Karriere als Komsomolfunktionär. 1974 wechselte er in den Journalismus und stieg 1980 zum Chefredakteur der Komsomolzeitung "Komsomol'skaja prawda" und acht Jahre später zum Chefredakteur der Lehrerzeitung "Učitel'skaja gazeta" auf. Nachdem er im Juli 1990 ZK-Mitglied geworden war, wurde er im Februar 1991 erster stellvertretender Chefredakteur der "Prawda" und im August 1991 deren Chefredakteur (abgelöst im Herbst 1993). Selesnew ist erst seit dem 24. Januar 1995 in der Funktion eines der vier stellvertretenden Staatsduma-Vorsitzenden. Sein ebenfalls von den Kommunisten gestellter Vorgänger war Walentin Kowaljow, den Jelzin am 5. Januar 1995 zum Justizminister ernannte. Die übrigen beiden stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsduma gehören der NRP-Gruppe an (Artur Tschilingarow) und der Gruppierung "Frauen Rußlands" (Alewtina Fedulowa).

## 2. Abstimmungsverhalten

Im folgenden wird das Abstimmungsverhalten der drei Fraktionen untersucht. Zugrunde gelegt wurde die statistische Auflistung des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten während der ersten Sitzungsperiode der Staatsduma, die vom 12. Januar bis zum 22. Juli 1994 dauerte. Die zweite

<sup>10</sup> Ulrich-Joachim Schulz-Torge (Hg.), Who's who in der Russischen Föderation, Bonn 1995, S. R-4.

<sup>11</sup> A. Makarkin, Liberal'no-demokratičeskaja partija Rossii, in: Mirovaja konomika i meždunarodnye otnošenija, 4, 1994, S. 66. INDEM-Datenbank Duma, Moskau.

Sitzungsperiode beginnt laut Geschäftsordnung der Staatsduma am 1. Oktober und endet am 25. Dezember.<sup>12</sup> Dieses statistische Auflistungsverfahren wurde von Georgij Satarow, der seit 8. Februar 1994 Referent des rußländischen Präsidenten für die Verbindung zur Staatsduma und zum Föderationsrat ist, entwickelt und wird in der Datenbank INDEM angewandt. Das sehr komplizierte mathematische Verfahren zur statistischen Umsetzung des Abstimmungsverhaltens kann hier begreiflicherweise nicht dargestellt werden.<sup>13</sup>

Die erste Sitzungsperiode 1994 wurde von INDEM in folgende Zeiträume unterteilt: 11. bis 21. Januar, 4. Februar bis 11. März, 16. März bis 24. Juni und 6. bis 22. Juli. Im Rahmen der statistischen Analyse der 2.416 Abstimmungen innerhalb eines bestimmten Zeitraums wurden Faktoren ermittelt, die jeweils durch Gegensatzpaare interpretiert werden, die am besten die unterschiedlichen Werte der Faktorladungen verbal wiedergeben: Reformismus-Antireformismus, gegen Fraktionsdisziplin-für Fraktionsdisziplin, für Dezentralisierung der Macht-für Zentralisierung der Macht, Zusammenarbeit mit der Regierung-Opposition zur Regierung. Schließlich wurden für den gesamten Zeitraum nur Abstimmungen zu bestimmten wichtigen Themen im Bereich der Außen- und Wirtschaftspolitik herangezogen. In der Außenpolitik bot sich zur Interpretation der außenpolitischen Faktoren das Gegensatzpaar "Falken"- "Tauben" an. In der Wirtschaftspolitik sind es die Gegensatzpaare Reformismus-Antireformismus sowie "Steher"- "Sprinter". "Steher" steht für langwierigen Entscheidungsprozeß in der Wirtschaftspolitik und "Sprinter" für eine schnelle Entscheidungsfindung. Die Zahlen (vgl. Tabelle 10) stellen jeweils den Mittelwert zwischen 0 und 100 dar, wobei 0 dem linken Gegensatzwort (z.B. "Steher") und 100 dem rechten Gegensatzwort (z.B. "Sprinter") entspricht. D.h. die Zahl gibt Auskunft darüber, welchem Gegensatzwort die Fraktion in welchem Zeitraum bei ihren Abstimmungen mehr entsprach. Die zweite, kleinere Zahl drückt die Standardabweichung aus, die aussagt, wie geschlossen eine Fraktion abstimmt: Je niedriger die Zahl, um so geschlossener das Votum der Fraktion bei den verschiedenen Abstimmungen. Je größer die Zahl, um so weniger Abstimmungsdisziplin lag vor.

Die Auswertung des in Tabelle 10 zusammengefaßten allgemeinen Abstimmungsverhaltens ergibt, daß die drei Fraktionen - mit geringen Unterschieden - in der Zeit vom 11. Januar bis zum 24. Juni 1994 mit hohen Werten (zwischen 75,06 und 91,82) bei steigender Tendenz gegen Reformen gestimmt haben. In der Zeit zwischen dem 6. und 22. Juli 1994 ging der Reformwiderstand bei der KPRF und bei der LDPR in annähernd gleichem Maße geringfügig zurück (auf 79,23 bzw. 81,46). Während die KPRF- und die APR-Fraktion in der Zeit zwischen dem 11. Januar und dem 24. Juni eher gegen Fraktionsdisziplin waren und der Dezentralisierung der Macht zuneigten, war die LDPR-Fraktion eher für Fraktionsdisziplin (11.1.-21.1.: 61,57 ) und für die Zentralisierung der Macht (4.2.-24.6.: 65,31 bzw. 67,93). Abweichungen sind für die Zeit zwischen dem 6. und 22. Juli festzustellen: In diesem Sommermonat votierte die APR-Fraktion etwas weniger antireformerisch (64,34) als die KPRF- bzw. LDPR-Fraktion (79,23 und 81,46). In dieser Zeit zeigte sich auch die KPRF-Fraktion etwas weniger oppositionell gegenüber der Regierung (53,30) als die APR- bzw. LDPR-Fraktion (61,17 bzw. 60,36). Dieses etwas regierungsfreundlichere Abstimmungsverhalten der

<sup>12</sup> Reglament Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija - parlamenta Rossijskoj Federacii, Moskau 1994, Art. 38.

<sup>13</sup> G.A. Satarov, Analiz političeskoj struktury zakonodatel'nych organov po rezul'tatam poimennych golosovanij, in: Rossijskij monitoring. Archiv sovremennoj politiki, 1, 1992, S. 57-81.

KPRF-Fraktion im Juli 1994 reflektiert vielleicht interne Überlegungen, Kommunisten in die Regierung aufzunehmen. Daß dieser Schritt mit der Berufung von Justizminister Walentin Kowaljow erst am 5. Januar 1995 erfolgte, steht auf einem anderen Blatt.

Bei der Analyse der Abstimmungen zu den beiden wichtigen Themen "Außenpolitik" und "Wirtschaftspolitik" während der ersten Sitzungsperiode fallen jedoch gewisse Unterschiede zwischen den drei Fraktionen auf: Alle drei bezogen bei außenpolitischen Abstimmungen die Position von "Falken". Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik stimmte die LDPR-Fraktion häufiger gegen Reformen (83,28) als die APR- und die KPRF-Fraktion (68,97 bzw. 72,06), während die KPRF-Fraktion für ein Bremsen des Reformtempos war (36,02).

Die KPRF-Fraktion votierte meist geschlossener (geringere Standardabweichungen) als die anderen beiden Fraktionen. Lediglich bei den außenpolitischen Abstimmungen zugunsten der "Falken"-Positionen übertraf die LDPR-Fraktion noch die KPRF-Fraktion an Geschlossenheit.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die drei Fraktionen im allgemeinen ähnlich votierten. Lediglich im Juli gab sich die APR-Fraktion etwas weniger antireformerisch, und die KPRF-Fraktion stimmte etwas weniger ablehnend gegen Regierungsvorlagen. In der Wirtschaftspolitik war die KPRF-Fraktion für ein Bremsen des Reformtempos. Deutlicher fällt die LDPR-Fraktion aus dem gemeinsamen Rahmen: Sie war für Fraktionsdisziplin und Machtzentralisierung. In der Außenpolitik votierte sie öfter gegen Kompromißlösungen und in der Wirtschaftspolitik häufiger gegen Reformen.

### 3. Schwerpunkte der Parlamentsarbeit

Zu welchen wichtigen politischen Themen äußerten sich die Fraktionen und deren Vorsitzende? Shiriniowskij forderte mehrmals vergeblich die gesetzmäßige Verankerung eines "imperativen Mandats" von oben. Wäre ihm die Mehrheit der Abgeordneten gefolgt, hätte sie ihm damit das Recht eingeräumt, mißliebigen Fraktionsmitgliedern das Mandat zu entziehen und es willfähigen Abgeordneten zu geben.<sup>14</sup> In der Zwischenzeit haben vier Abgeordnete die Fraktion verlassen und zwei weitere ihren Austritt angekündigt.

Anfang Juli 1994 forderte Shirinowskij vorgezogene Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, wobei natürlich die Wähler als dem einzigen Weg zur Rettung und Wiedergeburt Rußlands ihre Stimme der LDPR geben sollten, Shirinowskij sprach sich deutlich gegen den Versuch des Vorsitzenden des Föderationsrats, Wladimir Schumejko, aus, die Legislaturperiode des Parlaments und die Amtszeit des Präsidenten zu verlängern.

Im Mai 1994 traf sich Shirinowskij mit Premier Wiktor Tschernomyrdin. Die sich um dieses Treffen rankenden Vermutungen, Shirinowskij werde bald in die Regierung eintreten, blieben Gerüchte. Vielmehr ging es um das Ausloten von Möglichkeiten für eine taktische Zusammenarbeit von Regierung und LDPR.

Zu Beginn der 2. Sitzungsperiode verließ die LDPR-Fraktion Anfang Oktober 1994 für einige Zeit den Sitzungssaal und machte so die Staatsduma beschlußunfähig. Zugleich drohte Shirinowskij, seine Unterschrift unter den "Vertrag über das gesellschaftliche Einvernehmen" vom 28. April 1994 zurückzuziehen, den er im Gegensatz zu Sjuganow und der APR in dessen Schlepptau, aber auch zu Grigorij Jawlinskij, dem Vorsitzenden der Wählergruppe "Jabloko", neben 900 anderen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, Organisationen, Parteien und Bewegungen unterzeichnet hatte. Mit diesem Schritt wollte Shirinowskij gegen die Weigerung der örtlichen Autoritäten von Kemerowo protestieren, die am 2. Oktober 1994 die Landung seines Flugzeugs mit 29 LDPR-Funktionären auf dem Flughafen der Stadt verhindert hatten. Die APR- und die KPRF-Fraktion erklärten sich mit Shirinowskij solidarisch.<sup>15</sup>

Nach dem "Schwarzem Dienstag", dem 11. Oktober 1994, an dem der Rubel über 20 Prozent an Wert verlor, brachte die LDPR-Fraktion in der Staatsduma einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein, dem allerdings nur 30 Abgeordnete folgten.<sup>16</sup>

Die KPFR-Fraktion konzentrierte ihre politische Arbeit auf die:

- Ablösung der gegenwärtigen Führung Rußlands wegen ihrer angeblich prinzipiellen Unfähigkeit, das Land vernünftig zu lenken,
- Änderung der bestehenden und Annahme einer neuen Verfassung, welche den Interessen und Erfordernissen aller größeren sozialen Bevölkerungsgruppen gerecht werde,
- Wiedererrichtung des "Systems der Volksherrschaft", das auf dem System der Sowjets basiert.

<sup>14</sup> Centr političeskoj kon'junkturny Rossii (Hg.), Pervye polgoda Federal'nogo Sobranija i proparlamentskogo političeskogo lagerja: poisk sobstvennoj vlastnoj identifikacii, Moskau 1994, S. 9.

<sup>15</sup> Izvestija, 8.10.1994; Segodnja, 8.10.1994.

<sup>16</sup> Segodnja, 7.4.1995.



Auch Sjuganow lehnte eine Verlängerung der Amtszeit von Parlament und Präsident um zwei Jahre ab. Dieser Vorschlag Schumejkos stärke nur die präsidentialen Strukturen, die mit jedem Tag mehr Wähler verlören.<sup>17</sup>

Wie die KPFR - durch den bereits erwähnten Justizminister Walentin Kowaljow - ist auch die APR mit einem Minister, aber in einem höheren Rang, in der Regierung vertreten: dem stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden Alexander Sawerjucha, der für den agro-industriellen Komplex zuständig ist. In der Staatsduma monopolisiert die APR durch ihre starke Vertretung im Komitee für Agrarfragen die gesamte Landwirtschaftspolitik. Die APR-Fraktion ist im Grunde nichts anderes als eine Lobby ihrer Wähler mit dem einzigen Ziel, Privatisierung auf dem Lande zu verhindern und möglichst viele staatliche Gelder zu bekommen, die hauptsächlich über die Agrar-(Geschäfts)Bank abgewickelt werden. Dies hat zur Folge, daß auf dem Weg von der Regierung zu den Landwirtschaftsbetrieben ein nicht geringer Teil der staatlichen Gelder "verlorengeht", d.h. in privaten Taschen verschwindet. Eigene politische Ziele, die sich von denen der KPRF unterscheiden, verfolgt die APR nicht.

Bei der Analyse des Abstimmungsverhaltens der nationalistischen und der beiden kommunistischen Fraktionen erfordert deren Haltung zur russischen Militärinvasion in Tschetschenien eine gesonderte Behandlung. Ein solches Vorgehen wird im folgenden in den Gesamtzusammenhang der Reaktion von Föderationsrat und Staatsduma auf den Tschetschenien-Krieg gestellt, die abschließend einer Beurteilung unterzogen wird.

#### **4. Fallbeispiel Tschetschenien**

Auf die brutale russische Militärinvasion in Tschetschenien am 11. Dezember 1994 mußte das rußländische Parlament reagieren. Die Reaktionen der beiden Parlamentskammern - des Föderationsrats und der Staatsduma - unterscheiden sich bis zu einem gewissen Grad voneinander, stimmen aber in den Grundaussagen überein.

##### ***a) Föderationsrat***

Der Föderationsrat, in dem die Republiken und Gebiete vertreten sind, hätte von vornherein in den Entscheidungsprozeß über die Tschetschenien-Invasion einbezogen werden müssen, wenn Präsident Boris Jelzin - als Voraussetzung für den Truppeneinsatz - den Ausnahmezustand über Tschetschenien verhängt hätte. Dieses Dekret hätte der Föderationsrat bestätigen müssen (Art. 102 c der Verfassung). Doch ein solches Präsidentendekret gab es nicht. Welche Beschlüsse faßte der Föderationsrat?

- Bereits vor Beginn der Militärinvasion untersagte der Föderationsrat am 8. Dezember 1994 den Einsatz von Gewalt in Tschetschenien. In einer Verordnung forderte der Föderationsrat den Präsidenten auf, Verteidigungsminister Pawel Gratschow, Innenminister Wiktor Jerin und dem Direktor des Föderalen Spionageabwehrdienstes, Sergej Stepaschin, den Auftrag zu erteilen, auf dem Territorium Tschetscheniens so lange keine Gewalt anzuwenden, bis die Staatsorgane in

---

<sup>17</sup> Centr političeskoj kon'junkturny Rossii, ... a.a.O., S. 19.

- Übereinstimmung mit der Verfassung und den Gesetzen eine andere Entscheidung gefällt haben.<sup>18</sup>
- Nach Beginn der Militärinvasion kritisierte der Föderationsrat am 17. Dezember 1994 den Präsidenten wegen Mißachtung dieses Parlamentsbeschlusses. Er forderte die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen und die Fortsetzung von Verhandlungen auf der Grundlage der Wahrung der territorialen Integrität der Rußländischen Föderation sowie der Schaffung von Möglichkeiten zur freien Willensäußerung des tschetschenischen Volkes. Jelzin wurde vom Föderationsrat aufgefordert, über sein Vorgehen in Tschetschenien Rechenschaft abzulegen. Schließlich sprach sich der Föderationsrat für eine gesetzliche Regelung des Einsatzes der Streitkräfte innerhalb der Rußländischen Föderation aus.<sup>19</sup>
- Am 12. Februar 1995 beauftragte der Föderationsrat das Verfassungsgericht, die Dekrete des Präsidenten vom 30. November und 9. Dezember 1994, in denen Jelzin die Anwendung von Gewalt in Tschetschenien anordnete, auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen. Für diesen Auftrag stimmten 72 der 176 Abgeordneten, also doppelt so viele wie erforderlich.<sup>20</sup>

### *b) Staatsduma*

In der Staatsduma wurde die Militärinvasion nur von der Fraktion der WR unter Jegor Gajdar und der ebenfalls zum demokratischen "Lager" zählenden Fraktion der Wählervereinigung JABLOKO unter Grigorij Jawlinskij verurteilt. Nach Auskunft von WR-Abgeordneten war in der WR-Fraktion anfangs nur eine Minderheit gegen die Tschetschenien-Invasion. Erst nach der unmißverständlichen öffentlichen Verurteilung der Invasion durch Gajdar folgte die Fraktion ihrem Vorsitzenden.

Eindeutig positiv äußerten sich zur Invasion die Fraktion der LDPR unter Wladimir Shirinowskij, die kleine, noch nationalistischere Gruppierung "Rußländischer Weg" und überraschenderweise die Fraktion "Liberaldemokratische Union 12. Dezember", die hauptsächlich aus Vertretern des neuen Unternehmertums besteht. Die übrigen Fraktionen, Gruppen und Gruppierungen, darunter auch die KPRF und die APR, nahmen eine halbherzige bzw. unentschlossene Position ein.<sup>21</sup> Der Stellvertretende Vorsitzende der WR-Fraktion Boris Solotuchin definierte die Kriegspartei der Staatsduma präzise: die gesamte LDPR-Fraktion bis auf einen Abgeordneten, 80 Prozent der KPRF-Fraktion, 82 Prozent der APR-Fraktion, die zentristische Gruppierung der Demokratischen Partei Rußlands (DPR) bis auf drei Abgeordnete und die Fraktion der Partei für Russische Einheit und Eintracht (PREE) unter dem stellvertretenden Regierungschef Sergej Schachraj bis auf vier Abgeordnete.

Nach Beginn der Militärinvasion in Tschetschenien gingen folgende Aktivitäten von der Staatsduma aus:

- Die Staatsduma faßte am 13. Dezember 1993 nach einer scharfen Diskussion einen Beschluß, in dem sie die Arbeit der föderalen staatlichen Machtorgane hinsichtlich der politischen Regelung der explosiven Situation in der Tschetschenischen Republik als "unbefriedigend" bewertete. Präsident und Regierung wurden aufgefordert, "alle vorhandenen politischen und rechtlichen Maßnahmen und Mittel einzusetzen, um den bewaffneten Kampf in der Tschetschenischen Republik zu beenden".<sup>22</sup>

<sup>18</sup> Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 33, 1994, Pos. 3418.

<sup>19</sup> Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 35, 1994, Pos. 3666.

<sup>20</sup> OMRI Daily Digest, 13.2.1995 und 14.4.1995.

<sup>21</sup> Nach Tabelle in: Novaja eðednevnaja gazeta, 3.2.1995, S. 5.

<sup>22</sup> Rossijskaja gazeta, 15.12.1994.

- Sie verabschiedete am Ende ihrer 2. Sitzungsperiode, am 23. Dezember 1994, eine Erklärung, in der sie sich an den Präsidenten und die Regierung Rußlands sowie an die kämpfenden Parteien in Tschetschenien mit dem Vorschlag wandte, unverzüglich ein Moratorium für alle Kampfhandlungen in Tschetschenien zu verkünden und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.<sup>23</sup>
- In einer Stellungnahme zur Resolution des Europäischen Parlaments machte sich die Staatsduma am 23. Dezember 1994 die offizielle Begründung für die Militärinvasion in Tschetschenien zu eigen: Die Armee werde in Tschetschenien nicht gegen eine Minderheit, sondern zur Entwaffnung illegaler militärischer Formationen eingesetzt, die über Panzer, Raketenvorrichtungen, Artillerie und Kampfflugzeuge verfügten. Die Entwaffnung dieser Einheiten sei ohne Anwendung militärischer Gewalt nicht möglich.<sup>24</sup>
- Es wurde ein interner operativer Stab gebildet, der anfangs vom damaligen stellvertretenden Vorsitzenden der zweiten Parlamentskammer, dem KPFR-Abgeordneten Walentin Kowaljow, geleitet wurde. Dieser Stab beschränkte sich jedoch darauf, den Rat der Staatsduma über die Ereignisse in Tschetschenien zu informieren.<sup>25</sup>
- Die Gruppierung JABLOKO erarbeitete den Entwurf des "Gesetzes über die Bildung von Delegationen zur Beilegung des bewaffneten Konflikts in der Republik Tschetschenien". Dieser Entwurf enthielt einen Plan zur Beilegung der Tschetschenien-Krise in drei Etappen, wobei für jede Etappe entsprechende staatliche Delegationen zu bilden waren.<sup>26</sup>
- Die Gruppierung PREE brachte einen Entwurf ein, der ebenfalls einen Plan für die Beilegung der Tschetschenien-Krise in drei Etappen enthielt. Der Zeitraum für die Umsetzung dieses Plans war auf zwei bis drei Jahre angelegt.<sup>27</sup>
- Der Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für Verteidigung, der WR-Abgeordnete Sergej Juschenkow, schlug vor, alle Amtspersonen gesetzlich zu verpflichten, das Parlament

---

<sup>23</sup> Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 1, 1995, Pos. 35.

<sup>24</sup> Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 1, 1995, Pos. 31.

<sup>25</sup> Galina Tschinarichina, Gewaltenteilung vor dem Hintergrund des Krieges, in: Wostok, 2, 1995, S. 10.

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> Ebenda.

umfassend und wahrheitsgemäß zu informieren. Zuerst sollte diese Bestimmung in die Verfassung, dann in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden.<sup>28</sup>

- Eine Reihe von Abgeordneten legte den Entwurf eines "Gesetzes über das Verbot für die Streitkräfte der Rußländischen Föderation, Kampfhandlungen auf dem Territorium der Rußländischen Föderation zu führen" vor.<sup>29</sup>
- Die Staatsduma beauftragte ihre Komitee für Gesetzgebung (Leitung: APR-Abgeordneter Wladimir Issakow) und das für Sicherheit (Leitung: KPFR-Abgeordneter Wiktor Iljuchin), Vorschläge für Verfassungsänderungen zu erarbeiten, welche die parlamentarische Kontrolle der Tätigkeit der föderalen Organe zum Inhalt haben.<sup>30</sup> Das Gesetzgebungskomitee hat inzwischen Verfassungsänderungen vorgelegt, die den Präsidenten verpflichten, auch den Verteidigungs-, Innen- und Außenminister von der Staatsduma bestätigen zu lassen. (In einem Erlaß vom 10. Januar 1994, einen Tag vor der konstituierenden Sitzung der Staatsduma, hatte sich der Präsident u.a. diese Ministerien sowie den Föderalen Dienst für Spionageabwehr, für Fernsehen und Rundfunk, für Auslandsaufklärung, die Föderale Agentur für Nachrichtenwesen und Information, die Hauptverwaltung für Schutz der Rußländischen Föderation, den Föderalen Grenzdienst der Rußländischen Föderation sowie den Staatlichen Archivdienst Rußlands direkt unterstellt.<sup>31</sup>) Ferner sollte es dem Präsidenten erschwert werden, das Parlament aufzulösen. Es war vorgesehen, daß er zuvor die Genehmigung durch das Verfassungsgericht einholen muß.<sup>32</sup>
- Das Gesetzgebungskomitee der Staatsduma wurde aufgefordert, einen Gesetzentwurf über die in Artikel 135, Absatz 2 vorgesehene Verfassungsversammlung zu erarbeiten. Diese solle eine neue Verfassung annehmen, nach welcher der Präsident nicht mehr Chef der Exekutive wäre, sondern nur noch Staatsoberhaupt.<sup>33</sup>
- Einzelne Abgeordnete und kleine Abgeordnetendelegationen versuchten im Dezember 1994 auf eigene Initiative, durch Reisen nach Tschetschenien das Ausbrechen von Kampfhandlungen zu verhindern, was ihnen nicht gelang. Allerdings konnten sie erreichen, daß russische Kriegsgefangene freikamen. Hier ist besonders der Vorsitzende der Menschenrechtskommission beim Präsidenten und - mittlerweile von der Staatsduma abgesetzte - Menschenrechtsbevollmächtigte der Rußländischen Föderation, der WR-Abgeordnete Sergej Kowaljow, zu erwähnen.<sup>34</sup>
- Auf Antrag der WR-Fraktion fand am 11. Januar 1995 - praktisch zur Eröffnung der 3. Sitzungsperiode - eine außerordentliche Sitzung der Staatsduma zu Tschetschenien statt. Auf dieser Sitzung wurden von der WR-Fraktion Verfassungsänderungen vorgeschlagen, welche die Entscheidungen des Präsidenten einer parlamentarischen Kontrolle unterwerfen und die Möglichkeit des Präsidenten, Krieg zu führen, beschränken. Außerdem wurden von der WR-Fraktion drei Gesetzentwürfe vorgelegt, die Jelzin die Möglichkeit nehmen sollten, den Krieg in Tschetschenien fortzusetzen. Der erste Gesetzentwurf sollte den Einsatz der Streitkräfte innerhalb der Rußländischen Föderation ohne vorherige Verhängung des Ausnahmezustandes verbieten. Der zweite Gesetzentwurf verpflichtete die Streitkräfte, innerhalb von drei Tagen die Namen der gefallenen, verwundeten oder vermißten Soldaten bekanntzugeben. Der dritte Gesetzentwurf verbot der Regierung, im I. Quartal 1995 aus Haushalts- oder Reservefondsmitteln den Tschetschenien-Krieg zu finanzieren. Diese Initiativen fanden keine Mehrheit in der Staatsduma.<sup>35</sup>
- Statt dessen faßte die Staatsduma am 13. Januar 1995 einen Beschluß, in dem sie Präsident und

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> Ebenda.

<sup>30</sup> Ebenda.

<sup>31</sup> Sobranie aktov Prezidenta i Pravitel'stva Rossijskoj Federacii, 3, 1994, Pos. 190.

<sup>32</sup> INTERFAX, 24.3.1995.

<sup>33</sup> Galina Tschinarichina, a.a.O., S. 10.

<sup>34</sup> Vgl. dazu: Peter Hübner, Sergej Kowaljow und die Menschenrechtsverletzungen im Tschetschenien-Krieg, Aktuelle Analysen des BIOst, 16, 1995.

Regierung aufforderte, "umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um die Kampfhandlungen auf dem Territorium Tschetscheniens zu beenden und die Voraussetzungen für eine politische Beilegung des Konflikts zu schaffen". Die Ereignisse in der Tschetschenischen Republik hätten "wesentliche Lücken in der geltenden Gesetzgebung der Rußländischen Föderation aufgezeigt". In Rußland fehlten in einer kritischen Situation die Möglichkeiten für ein effizientes und abgestimmtes Zusammenwirken aller Säulen der Staatsmacht. In der Verfassung sei das Gleichgewicht zwischen den Befugnissen der verschiedenen Säulen der Staatsmacht nicht gewahrt, die Kontrollfunktionen der Föderalversammlung (Föderationsrat plus Staatsduma) seien begrenzt, und es fehle die rechtliche Grundlage für einen Einsatz der Streitkräfte der Machtstrukturen, d.h. des Verteidigungsministeriums, des Innenministeriums und des Föderalen Dienstes für Spionageabwehr. Die Staatsduma hielt deshalb Verfassungsänderungen zwecks Erweiterung der Kontrollfunktionen der Föderalversammlung für notwendig. Dem Präsidenten wurde empfohlen, eine Kommission zur Untersuchung und rechtlichen Bewertung der Aktionen von Amtspersonen zu bilden, die im Nord-Kaukasus den Tod von Menschen und Zerstörung verursacht haben. Ferner sollte der Präsident eine Kommission zur Beurteilung des Zustands der Streitkräfte, der Rüstungsindustrie und der Militärreform bilden. Die Überarbeitung des Sicherheitsgesetzes, in dem die Funktionen des Sicherheitsrats und die Vollmachten seiner Mitglieder exakt festgelegt werden sollten, sollte beschleunigt werden.<sup>36</sup>

- Ebenfalls am 13. Januar 1995 setzte die Staatsduma eine Kommission ein, die alle Umstände untersuchen soll, die zur Tschetschenien-Krise geführt haben.<sup>37</sup> Diese Kommission, die aus je einem Vertreter jeder Fraktion, Gruppe und Gruppierung besteht, wird von dem DPR-Abgeordneten Stanislaw Goworuchin geleitet.<sup>38</sup> Die Kommission soll einen Ergebnisbericht in einer parlamentarischen Anhörung sowie ein Paket von Gesetzesinitiativen vorlegen, die sich aus dem Tätigkeitsbericht der Kommission ergeben. Die Ergebnisse der Kommissionsarbeit sollen von der Staatsduma geprüft werden.
- Am 10. März 1995 setzte die Staatsduma Sergej Kowaljow wegen nichtpatriotischen Verhaltens und Verrats Rußlands - de facto wegen seiner Kritik an der Militärintervention in Tschetschenien und wegen seines Einsatzes für die Opfer der militärischen Angriffe - als ihren Menschenrechtsbevollmächtigten mit einer Mehrheit von 234 Ja-Stimmen (52,5 %) ab.<sup>39</sup>
- Am 6. April 1995 beauftragten 90 Abgeordnete der Staatsduma das Verfassungsgericht zu prüfen - ähnlich wie am 12. Februar 1995 der Föderationsrat -, ob der Einsatz der Armee in Tschetschenien verfassungsgemäß sei.<sup>40</sup>
- Am 12. April 1995 stimmten 228 Abgeordnete der Staatsduma bei 56 Gegenstimmen in der dritten Lesung für das Gesetz "Über zeitweilige Maßnahmen zur politischen Beilegung der Krise in der Tschetschenischen Republik". Dieses Gesetz soll die Regierung veranlassen, sofort Verhandlungen mit den Verantwortlichen in Tschetschenien zu beginnen, um ein rasches Ende der Kampfhandlungen herbeizuführen. In Artikel 1 des Gesetzes wird der Einsatz der russischen Streitkräfte verboten, wenn er in Widerspruch zu Artikel 10 des rußländischen Verteidigungsgesetzes steht.<sup>41</sup> (Das Verteidigungsgesetz vom 24. September 1992 legt in Artikel 10 fest, daß die russischen Streitkräfte dazu bestimmt sind, "eine Aggression abzuwehren und den Aggressor vernichtend zu schlagen sowie Aufgaben entsprechend den internationalen Ver-

<sup>35</sup> Gosudarstvennaja Duma. Stenogramma zasedanij. Bjulleten' N 78, 11 janvarja 1995 g., S. 3 f. Vgl. Robert Orttung, A Painful Price, in: Transition, 3, 1995, S. 5.

<sup>36</sup> Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 5, 1995, Pos. 370.

<sup>37</sup> Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 5, 1995, Pos. 369.

<sup>38</sup> Galina Tschinarichina, a.a.O., S. 10.

<sup>39</sup> Gosudarstvennaja Duma. Stenogramma zasedanij. Bjulleten' N 90, 10 marta 1995 g., S. 34.

<sup>40</sup> OMRI Daily Digest, 7.4.1995.

<sup>41</sup> Gosudarstvennaja Duma. Stenogramma zasedanij. Bjulleten' N 95, 5 aprelja 1995 g., S. 29.

pflichtungen der Rußländischen Föderation zu erfüllen". Weiter führt das Verteidigungsgesetz aus: "Die Heranziehung von Truppenteilen, Einheiten und anderen Formationen der Streitkräfte der Rußländischen Föderation zur Erfüllung von nicht mit ihrer Zweckbestimmung zusammenhängenden Aufgaben ist nur auf gesetzlicher Grundlage oder auf Beschluß des Obersten Sowjet der Rußländischen Föderation zulässig."<sup>42</sup>) Nach Artikel 12 des neuen Gesetzes können föderale Truppen in Tschetschenien nur im Rahmen des Ausnahmezustandes auf verfassungsmäßiger Grundlage agieren, der allerdings nicht verhängt wurde. Das neue Gesetz sieht zugleich die Gründung einer Kommission vor, welche die Verhandlungen mit Tschetschenien überwachen soll. Vorsitzender dieser Kommission soll laut Vizepremier Sergej Schachraj, dessen PREE-Fraktion das Gesetz in der Staatsduma eingebracht hatte<sup>43</sup>, Premier Wiktor Tschernomyrdin werden.<sup>44</sup>

## 5. Beurteilung

Die Reaktion von Föderationsrat und Staatsduma auf die Tschetschenien-Invasion ist ein Exempel für das Verhalten des Parlaments gegenüber Präsident und Regierung und somit symptomatisch für das gegenwärtige politische System der Rußländischen Föderation. Die Erklärungen und Forderungen der Staatsduma an den Präsidenten und die Regierung, ein Moratorium der Kampfhandlungen und den sofortigen Beginn von Friedensverhandlungen zu erreichen, blieben bisher ohne Folgen. Erst wenn das von der Staatsduma am 12. April 1995 verabschiedete Gesetz auch die Zustimmung des Föderationstrats findet und dann vom Präsidenten unterschrieben wird, existiert eine rechtliche Grundlage, die Präsident und Regierung zwingt, die Kämpfe einzustellen. Aber bis dahin sind sie vielleicht ohnehin zu Ende.

Ansonsten vermieden die beiden Parlamentskammern in ihren Tschetschenien-Beschlüssen eine scharfe Konfrontation mit dem Präsidenten und der Regierung. Die Staatsduma hätte der Regierung z.B. ihr Mißtrauen aussprechen können. Wenn dies innerhalb von drei Monaten erneut geschieht (Art. 117, Abs. 3 der Verfassung), hat der Präsident die Wahl, die Regierung zu entlassen oder das Parlament aufzulösen. Vor dem 12. Dezember 1994 hatte er nur die Alternative gehabt, die kriegführende Regierung zu entlassen, wenn die Mehrheit aller Abgeordneten für einen Mißtrauensantrag gestimmt hätte. Insofern ist vielleicht der Invasionstermin 11. Dezember 1994 nicht ganz zufällig gewählt worden, denn am 12. Dezember 1994 war das erste Jahr nach der Wahl des Parlaments abgelaufen, in dem der Präsident laut Verfassung die Staatsduma nicht auflösen darf (Art. 109, Abs. 3).

Ferner hätte die Staatsduma beschließen können zu prüfen, ob ein Verfahren zur Amtsenthebung des Präsidenten einzuleiten sei. Ein solches Verfahren ist nach Artikel 93 der Verfassung möglich, wenn die Staatsduma den Präsidenten des Hochverrats oder eines anderen schweren Verbrechens anklagt. Das Oberste Gericht muß die Anklage bestätigen. Außerdem muß das Verfassungsgericht attestieren, daß das vorgeschriebene Klageverfahren eingehalten wurde. Der Beschluß zur Amtsenthebung des Präsidenten muß von einem Drittel der Abgeordneten der Staatsduma beantragt werden. Zwei Drittel der Abgeordneten der Staatsduma müssen dann für die Anklageerhebung

<sup>42</sup> Krasnaja zvezda, 10.10.1992.

<sup>43</sup> OMRI Daily Digest, 13.4.1995; Frankfurter Rundschau, 13./14.4.1995.

<sup>44</sup> ITAR-TASS, 13.4.1995.

votieren. Anschließend müssen innerhalb von drei Monaten zwei Drittel der Abgeordneten des Föderationsrats die Amtsenthebung des Präsidenten beschließen. Der in der Verfassung nicht vorgesehene Einsatz der Armee in Tschetschenien und die massive Verletzung wichtiger, in der rußländischen Verfassung verankerter Grundrechte, wie z.B. des Rechts auf Leben (Art. 20, Abs. 1) und des Rechts auf Wohnraum, (Art. 40 a), hätten angesichts der Vernichtung Grosnyjs und der sinnlosen Opferung Tausender Zivilisten und junger russischer Soldaten daraufhin geprüft werden können, ob sie für eine Anklageerhebung gegen den Präsidenten ausreichen. Statt dessen beschränkten sich Föderationsrat und Staatsduma darauf, nach zwei bzw. vier Monaten die Verfassungsmäßigkeit des Militäreinsatzes in Tschetschenien vom Verfassungsgericht prüfen zu lassen.

Obwohl die LDPR-Fraktion als einzige Fraktion die Militärintervention von Anfang an eindeutig unterstützt hat, hat die LDPR aus der Tschetschenien-Krise keinen politischen Gewinn ziehen können. Am Vorabend der Tschetschenien-Sondersitzung vom 11. Januar 1995 traf sich Shirinowskij mit Regierungschef Wiktor Tschernomyrdin, um die Abwehr regierungs- und präsidienkritischer Initiativen der demokratischen Fraktionen in der Staatsduma bezüglich Tschetschenien abzusprechen.<sup>45</sup> Ein Treffen Shirinowskijs mit Jelzin, das bereits vorbereitet worden war, kam nur deshalb nicht zustande, weil Jelzins Umgebung dann doch einsah, daß ein solches Treffen, bei dem sich der Präsident der Unterstützung Shirinowskijs versichert hätte, dem LDPR-Vorsitzenden mittelfristig mehr genutzt hätte als dem Präsidenten.<sup>46</sup>

Die eigentlichen "Krisengewinnler" sind die KPFR und ihre Verbündete, die APR. Das Blutvergießen auf dem Territorium der Rußländischen Föderation, das die KPFR kritisierte, und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation stärken die kommunistischen Positionen zu Beginn der "Wahlsaison". Der eigentliche Verlierer der Krise ist die demokratische WR-Fraktion.<sup>47</sup> Gajdars Gegner kritisierten ihn, weil er 1992 in seiner damaligen Funktion als Amtierender Regierungschef dem Verkauf von schweren Waffen an den tschetschenischen Präsidenten Dschochar Dudajew zugestimmt hatte.<sup>48</sup> Der Tschetschenien-Krieg macht es den demokratischen Parteien noch schwerer, einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 1996 aufzustellen.

Beide Kammern des Parlaments und verschiedene Fraktionen der Staatsduma näherten sich im Laufe der Zeit in der Tschetschenien-Frage immer mehr den Positionen des Präsidenten an, wobei die versöhnliche Haltung der Vorsitzenden beider Kammern, Wladimir Schumejko und Iwan Rybkin, in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzen ist.<sup>49</sup> Als Belohnung für die moderate Reaktion der beiden Parlamentskammern auf die Tschetschenien-Invasion beförderte Jelzin die beiden Vorsitzenden am 10. Januar 1995 von einfachen zu ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats.<sup>50</sup>

Doch diese Funktion der beiden Parlamentsvorsitzenden im Sicherheitsrat, also einem formal der Beratung des Präsidenten - der Spitze der Exekutive - dienenden Organ, stieß bei einigen Abgeordneten auf Widerspruch. Eine große Zahl von Abgeordneten des Föderationsrats forderte die

<sup>45</sup> Izvestija, 14.1.1995.

<sup>46</sup> Izvestija, 2.2.1995.

<sup>47</sup> Robert Orttung, a.a.O., S. 5.

<sup>48</sup> Izvestija, 10.1.1995.

<sup>49</sup> Galina Tschinarichina, a.a.O., S. 11.

<sup>50</sup> Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 3, 1995, Pos. 176 und 177.

Ablösung Schumejkos, weil er an den Sitzungen des Sicherheitsrats teilgenommen hatte, auf denen die Militärintervention beschlossen worden war.<sup>51</sup> Doch Schumejko überstand die Abstimmung unbeschadet.<sup>52</sup> Der KPRF-Abgeordnete Wladimir Semago, der auch Mitglied der Tschetschenien-Untersuchungskommission der Staatsduma ist, beantragte am 18. Januar 1995 in der Duma eine Abstimmung darüber, ob es verfassungsgemäß sei, daß die Parlamentsvorsitzenden Mitglieder des Sicherheitsrats sind. Für die Aufnahme dieses Antrags in die Tagesordnung stimmte nur eine Minderheit von 96 Abgeordneten (21,5 %).<sup>53</sup>

Die Situation in Rußland nach Beginn der Militärinvasion in Tschetschenien läßt sich mit Galina Tschinarichina vom Moskauer Institut "EPIzentr", das Jawlinskij nahesteht, folgendermaßen zusammenfassen: "Das wichtigste Ergebnis des Krieges in Tschetschenien für das politische System der Rußländischen Föderation heute ist, daß seine autoritäre Komponente erheblich gestärkt wurde. In der formalen Logik der Verfassung bereits angelegt, wurde sie jetzt vollständig in der politischen Praxis verwirklicht. Die Institute der Demokratie sind äußerst schwach und drohen zur reinen Dekoration eines streng autoritären Regimes zu verkommen."<sup>54</sup>

---

<sup>51</sup> Zum Tschetschenien-Entscheidungsprozeß vgl. Eberhard Schneider, Die Moskauer Entscheidung über den Tschetschenien-Krieg. Abläufe, Motive, Akteure. Teil I: Verengung von Entscheidungsalternativen und Entscheidungsmotive. Teil II: Entscheidungsablauf und rechtlich umstrittener Entscheidungsinhalt. Aktuelle Analysen des BIOst, 18 und 19, 1995.

<sup>52</sup> INTERFAX, 17.1.1995; Nezavisimaja gazeta, 20.1.1995; Robert Orttung, a.a.O., S. 5.

<sup>53</sup> Gosudarstvennaja Duma. Stenogramma zasedanij. Bjulleten' N 80, 18 janvarja 1995 g., S. 9 f., 13.

<sup>54</sup> Galina Tschinarichina, a.a.O., S. 11.



TABELLE 1:           **Zusammensetzung der rußländischen Staatsduma**  
                                (Stand: 30.6.1994)

Name von Fraktion/Gruppe/ Gruppierung	Liste Mandate %	Direkt Mandate %	Zusammen Mandate %	"Lager" Mandate %
DEMOKRATEN:	164  36,9			
"Wahl Rußlands" (WR)	39  17,3	36  16,4	75  16,9	
"Partei d. russischen Einheit u. Eintracht" (PREE)	18 8,0	11 5,0	29 6,5	
"Jawlinskij-Boldyrew- Lukin" (JABLOKO)	20 8,9	7 3,2	27 6,1	
"12. Dezember" (12. DEZ)	0 0,0	33 15,1	33 7,4	
NATIONALISTEN/ KOMMUNISTEN:	158 35,6			

"Liberaldemokratische Partei Rußlands" (LDPR)	53 23,6	5 2,3	58 13,1	
"Agrarpartei Rußlands" (APR)	21 9,3	34 15,5	55 12,4	
"Kommunistische Partei der Russ. Föderation" (KPRF)	32 14,2	13 5,9	45 10,1	
ZENTRISTEN:	99 22,3			
"Neue regionale Politik" (NRP)	0 0,0	61 27,9	61 13,7	
"Frauen Rußlands" (FR)	21 9,3	2 0,9	23 5,2	
"Demokratische Partei Rußlands" (DPR)	14 6,2	1 0,5	15 3,4	
UNABHÄNGIGE:	7 3,1	16 7,3	23 5,2	23 5,2
<b>Insgesamt</b>	<b>225</b> 100,0	<b>219*</b> 100,0	<b>444</b> 100,0	<b>444</b> 100,0

\* In 6 Direktwahlkreisen wurden keine Abgeordneten gewählt.

**TABELLE 2: LDPR-, KPRF- und APR-Fraktion der rußländischen Staatsduma: Sozialer Background**

Name	Fraktions- stärke Anzahl %	Durchschn. Geburtsjahr Alter	Frauen Alter %	Russen Alter %
LDPR	58  <i>13,1</i>	1949  <i>45</i>	4  <i>6,9</i>	50  <i>86,2</i>
KPRF	45  <i>10,1</i>	1944  <i>50</i>	5  <i>11,1</i>	36  <i>80,0</i>
APR	55  <i>12,4</i>	1943  <i>51</i>	3  <i>5,5</i>	45  <i>81,8</i>

**TABELLE 3: LDPR-, KPRF- und APR-Fraktion der rußländischen Staatsduma: Bildung**

Name	Hoch- schule	S t u d i e n f a c h		
		1. Häufigk.	2. Häufigk.	3. Häufigk.

	Anzahl %	Anzahl %	Anzahl %	Anzahl %
LDPR	53  <i>91,4</i>	Techn. Wiss.  <i>24,1</i>	Wirtschaft  <i>20,7</i>	Jura  <i>13,8</i>
KPRF	41  <i>91,1</i>	Techn. Wiss.  <i>22,2</i>	Jura  <i>17,8</i>	Pädagogik  <i>13,3</i>
APR	55  <i>100,0</i>	Landw.  <i>49,1</i>	Techn. Wiss.  <i>27,3</i>	Medizin  <i>7,3</i>

TABELLE 4: **LDPR-, KPRF- und APR-Fraktion der rußländischen Staatsduma: Karrierebereiche**

Name	Karrierebereich		
	1. Häufigk. Anzahl %	2. Häufigk. Anzahl %	3. Häufigk. Anzahl %
LDPR	LDPR-Apparat  16  <i>27,6</i>	Wissenschaft  14  <i>24,1</i>	Privatwirt.  8  <i>13,8</i>
KPRF	Wissenschaft  12  <i>26,7</i>	Privatwirt.  6  <i>13,3</i>	Journal./arbeitslos  je 5  <i>je 11,1</i>
APR	Landw./Staat  je 11	Privatwirt.  10	Staatsbetr./Gewerksch.  je 5

	<i>je 20,0</i>	<i>18,2</i>	<i>je 9,1</i>
--	----------------	-------------	---------------

TABELLE 5: **LDPR-, KPRF- und APR-Fraktion der rußländischen Staatsduma: Karriereebenen**

Name	K a r r i e r e e b e n e			häufigster Ort Anzahl %
	1. Häufigkeit Anzahl %	2. Häufigk Anzahl %	3. Häufigk. Anzahl %	
LDPR	Bundesebene	lokal	Gebiet	Moskau
	30	16	8	40
	<i>51,7</i>	<i>27,6</i>	<i>13,8</i>	<i>69,0</i>
KPRF	lokal	Stadt	Bundesebene	Moskau
	14	10	8	14
	<i>31,1</i>	<i>22,2</i>	<i>17,8</i>	<i>31,1</i>
APR	lokal	Bundesebene	Gebiet	Moskau

	22	11	8	13
	<i>40,0</i>	<i>20,0</i>	<i>14,5</i>	<i>23,6</i>

TABELLE 6: **LDPR-, KPRF- und APR-Fraktion der Staatsduma:  
Stadt-/Land-Karrierereposition, soziale Gruppe**

Name	Stadt Anzahl %	soziale Gruppe		
		1. Häufigkeit Anzahl %	2. Häufigk. Anzahl %	3. Häufigk. Anzahl %
LDPR		Angestellter	Unternehmer	Arbeiter
	55	48	5	2
	<i>94,8</i>	<i>82,8</i>	<i>8,6</i>	<i>3,4</i>
KPRF		Angestellter	arbeitslos	Arbeiter
	38	32	5	4
	<i>84,4</i>	<i>71,1</i>	<i>11,1</i>	<i>8,9</i>

APR		Angestellter	Bauer	Unternehmer
	34	37	8	6
	<i>61,8</i>	<i>67,3</i>	<i>14,5</i>	<i>10,9</i>

TABELLE 7: **LDPR-, KPRF- und APR-Fraktion der Staatsduma:  
Parteimitgliedschaft, Listenwahl, ehem. Volksdeputierte**

Name	Parteimitglied Anzahl %	Listenwahl Anzahl %	Ehem. Volksdeputierter Rußlands der UdSSR Anzahl %	
LDPR	36  <i>62,1</i>	53  <i>91,4</i>	keine  <i>0,0</i>	1  <i>1,7</i>
KPRF	38  <i>84,4</i>	32  <i>71,1</i>	5  <i>11,1</i>	keine  <i>0,0</i>



APR	24	22	19	keine
	43,6	40,0	34,5	0,0

TABELLE 8: **LDPR-, KPRF- und APR-Fraktion der rußländischen  
Staatsduma: Mitgliedschaft in Komitees**

Name	1. Häufigk. Anzahl %	2. Häufigk. Anzahl %	3. Häufigk. Anzahl %
LDPR	Geopolitik  9  <i>15,5</i>	Ind., Bauw., Verkehr  8  <i>13,8</i>	Internat. Beziehungen  5  <i>8,6</i>
KPRF	Informationspolitik  4  <i>8,9</i>	Eigentum, Priv./ Ind., Bauw., Verkehr/ Arbeit, Soziales  je 3  <i>je 6,7</i>	Internat. Ang./ Geopolitik/Wirtschaft/ Bildung/GUS/Föderation/ Budget/Religion/Frauen/ Verteid./Nationalitäten/ örtl. Selbstverwaltung  je 2  <i>je 4,4</i>
APR	Agrarfragen  21	Naturressourcen/Budget, Finanzen  je 4	örtliche Selbstverwaltung  je 3

	38,2	<i>je 7,3</i>	<i>je 5,5</i>
--	------	---------------	---------------

TABELLE 9: **LDPR-, KPRF- und APR-Fraktion der rußländischen  
Staatsduma: Komiteefunktionen**

Name	Vorsitzender Anzahl %	Stellv. Vors. Anzahl %	Mitglied Anzahl %
LDPR	5  <i>8,6</i>	11  <i>19,0</i>	40  <i>69,0</i>
KPRF	2  <i>4,4</i>	6  <i>13,3</i>	34  <i>75,6</i>
APR	2  <i>4,4</i>	9  <i>16,4</i>	39  <i>70,9</i>

**TABELLE 10: Abstimmungsverhalten der Fraktionen und Gruppen der Staatsduma:**  
**1. Sitzungsperiode** (obere Zahl = Mittelwert [0-100], untere Zahl = Standardabweichung)

	APR	KPRF	LDPR	NRP	WR
11.1.-21.1.1994: Reformismus - Antireformismus	75,06 7,72	81,86 3,05	80,37 6,08	55,38 12,70	27,94 7,77
11.1.-21.1.1994: Gegen - Für Fraktionsdisziplin	43,55 12,00	36,74 6,73	61,57 7,60	34,88 8,09	57,20 11,56
4.2.-11.3.1994: Reformismus - Antireformismus	82,17 9,40	88,28 4,94	82,58 6,91	63,98 14,90	27,32 10,3
4.2.-11.3.1994: Für Dezentralisierung der Macht - Für Zentralisierung der Macht	45,82 5,78	41,15 4,14	65,31 6,59	40,05 8,77	57,28 7,11
16.3.-24.6.1994: Reformismus - Antireformismus	85,05 4,75	89,43 2,31	91,82 2,56	75,96 6,96	31,27 11,20
16.3.-24.6.1994: Für Dezentralisierung der Macht - Für Zentralisierung der Macht	54,99 2,21	54,91 2,53	67,93 4,57	50,25 4,30	59,54 5,63
6.7.-22.7.1994: Reformismus - Antireformismus	64,34 9,96	79,23 11,00	81,46 8,05	37,28 9,40	14,93 7,15
6.7.-22.7.1994: Zusammenarbeit mit der Regierung- Opposition zur Regierung	61,17 6,93	53,30 7,16	60,36 9,04	51,13 7,64	58,65 8,03
11.1.-22.7.1994: Außenpolitik: "Tauben" - "Falken"	86,38 4,64	89,92 3,11	86,02 2,71	70,19 14,56	24,43 8,39

16.3.-22.7.1994: Wirtschaft: Reformismus - Antireformismus	68,97 7,99	72,06 8,39	83,28 6,30	40,55 6,81	25,06 8,59
16.3.-22.7.1994: Wirtschaft: "Steher" - "Sprinter"	54,42 8,41	36,02 6,81	55,26 6,58	50,91 6,88	49,84 9,31

## **Eberhard Schneider**

The Nationalist and Communist Parliamentary Groups  
in the Russian State Duma

### **Bericht des BIOst Nr. 28/1995**

#### **Summary**

##### *Introductory Remarks*

The present Report examines the nationalist and the two communist parliamentary groups in the State Duma: the Liberal Democratic Party of Russia (LDPR) under Vladimir Zhirinovskiy (13.1 % or 58 Deputies), the Communist Party of the Russian Federation (CPRF) under Gennady Zyuganov (10.1 % or 45 Deputies), and the Agrarian Union Party of Russia (APR) under Mikhail Lapshin (12.4 % or 55 Deputies). Besides these there are only two other major parties or groups: the democratic parliamentary group of the electoral community named "Russia's Choice" (RC) and the centrist group "New Regional Policy" (NRP). The nationalist and the two communist parliamentary groups are the second-strongest "camp" in the State Duma at 35.6 percent, after the democrats who, including Russia's Choice and a number of smaller groups, have 36.9 percent. Prognoses to be heard from serious sources in Moscow say that the communist/nationalist groups could possibly double their seats in the next elections to the State Duma, scheduled to be held on 12th December 1995.

The first part of the Report analyzes the members of the nationalist and the two communist parliamentary groups in the State Duma in terms of their social background and their education, traces their career patterns, deals with their representation in the committees of the State Duma and in leading parliamentary posts. The second part examines the voting record and the parliamentary work of the three groups. The third part looks at the response of Parliament as a whole, that is the Federation Council and the State Duma, with regard to the military invasion of Chechnya on 11th December 1994.

The study of the biographies of the Deputies of the three parliamentary groups used the "Statistical Package for the Social Sciences" computer program. The analysis of the voting record was based on the statistical procedure used by the data bank of the Moscow Centre for Applied Political Science Research (INDEM).

##### *Findings*

1. In terms of sociological profile, there is relatively little difference between the Deputies of the nationalist and the two communist parliamentary groups. Their average age lies between 45 (LDPR) and 51 (APR). The proportion of women among them lies between 5.5 percent (APR) and 11.1 percent (CPRF). In all three parliamentary groups, the percentage of Russians, at around four fifths, corresponds roughly to their share of 81.5 percent in the overall population of the Russian Federation.
2. Nearly all Deputies of the three parliamentary groups have a university-level education, the most

common subjects being the technical sciences in the case of the Zhirinovsky and Zyuganov parties (24.1 % and 22.2 %, respectively), and agriculture (49.1 %) in the case of the Agrarian Union. The humanities are relatively weakly represented.

3. The careers from which most Deputies of the three parliamentary groups were elected to the State Duma were the "LDPR party apparatus" (27.6 %) in the case of the LDPR, the "sciences" (26.7 %) in the case of the CPRF, and both the "agriculture" and the "state apparatus" (20.0 % each) in the case of the APR.
4. The high proportion of LDPR Deputies in career positions at the central level (51.7 %) shows that in the regions the party is relatively weakly established. This is also indicated by the clear predominance of Moscow as the place at which most Deputies were pursuing their careers at the time of their election - 69.0 % in the case of the LDPR Deputies - and the overwhelmingly large number of city career positions among these (94.8 %). In the other two parliamentary groups, most Deputies were elected to the State Duma from career positions at the local level (CPRF 31.1 % and APR 40.0 %).
5. The fact that most of the Deputies from the three parliamentary groups are salaried employees (between 67.3 % and 82.8 %) correlates with the predominance of this social group among the population as a whole, a legacy inherited from the former USSR. The second most numerous occupational statuses are the businessmen among the LDPR Deputies (8.6 %), the unemployed amongst the CPRF Deputies (11.1 %), and collective farmers amongst the APR Deputies (14.5 %). This second frequency - despite the low percentages - reflects the social basis of the three parties and their respective voters.
6. At 91.4 percent, the vast majority of the LDPR Deputies were allocated seats in the State Duma under the proportional representation contingent, i.e. via the party list, followed by the communists at 71.1 percent and the Agrarians at 40.0. These figures are an indication that the LDPR has only a weak voter base in the provinces. The Agrarian Union Party had the most direct mandates, what shows that it is firmly established in the more rural regions. That the LDPR is a new party, unable to take credit from the CPSU as its precursor, as the CPRF was able to do in the industrial regions and the APR in the countryside, is also reflected in the fact that no LDPR Deputy had previously belonged to the Russian Congress of People's Deputies and only one to the Soviet one. This is in stark contrast to the Agrarian Union group with more than one third former Russian People's Deputies and the communist group with more than one tenth of which consists of former Russian People's Deputies.
7. By contrast with Zyuganov, whose members are not strongly represented in any of the committees of the State Duma, Zhirinovsky has gained a strong foothold in the committees, primarily in those concerned with foreign-policy topics. Only the Agrarians have an even sharper profile in their committee work: 38.2 percent are members - as was only to be expected - of the committee on agricultural affairs. Zhirinovsky's followers, unlike the members from the other two parliamentary groups, are attempting to steer the work of the State Duma via the committees, as the chairmen of 5 committees (8.5 %) come from their ranks.
8. The three parliamentary groups are well represented among the top jobs in the State Duma: with

Ivan Rybkin (APR) they hold the post of Speaker and with Alexander Vengerovsky (LDPR) and Gennady Selesnev (CPRF) two of five Deputy Speakers.

9. During the first session of the State Duma from 11th January to 22nd July 1994, the voting habits of the three parliamentary groups were generally similar. Only in July did the APR group turn a little less anti-reform and the CPRF group vote a little less frequently against the Government's bills. In economic policy, the CPRF group called for a slowdown in the pace of reform. The LDPR group showed the clearest propensity of the three to depart from the common framework: it insisted on discipline within the parliamentary group and advocated the centralization of power. In foreign policy it voted more frequently against compromises and in economic policy more frequently against reforms.
10. One of the chief political topics of the parliamentary work of the LDPR group was the attempt to have the "party whip" established in law. If the majority of Deputies had followed Zhirinovsky, he would have been given the right to oust members of the parliamentary group who had fallen out of his favour and to give their seats to more obedient Deputies. In the wake of "Black Tuesday", 11th October 1994, on which the ruble lost over 20 % of its value, the LDPR group in the State Duma forced a vote of no confidence against the Government, but only 30 Deputies supported the motion of no confidence.

The CPRF parliamentary group concentrated its political work on replacing Russia's incumbent leadership, which in the opinion of the CPRF is fundamentally incapable of reasonably running the country, on changing the existing and introducing a new Constitution which should do justice to the interests and needs of all major social groups in the population, and on restoring the "system of people's rule" based on a system of soviets.

The APR parliamentary group is basically no more than a lobby for its voters with the sole objective of preventing the privatization of the agriculture and collecting as much state money as possible, which is distributed primarily via the Agrarian (Commercial) Bank: the result of this is that a not insignificant part of the state money "goes astray" on the way from the Government to the agricultural cooperatives, i.e. disappears into private pockets. The APR has no political goals of its own which would serve to distinguish it from the CPRF.

11. The response of Parliament (the Federal Assembly), comprising the Federation Council and the State Duma, to the Russian military intervention in Chechnya was as follows: on 17th December 1994, the Federation Council reprimanded President Boris Yeltsin for disregarding the resolution it had passed on 8th December 1994 that no force was to be used in Chechnya until that time as the organs of state had taken another decision in accordance with the Constitution. It called for an immediate cessation of combat activities and for the continuation of negotiations.

While the State Duma on 13th December likewise called for the immediate cessation of combat activities, ten days later it adopted the official argument that the aim of the military action in Chechnya was to disarm illegal military formations, and that this was not possible without the use of force. On 13th January 1995 the State Duma set up a commission to investigate all the circumstances that had led to the Chechnya crisis.



Neither has Parliament retracted its confidence from the Government, nor has any resolution been taken to review whether the President could be impeached and removed from office on the grounds of the use of the army what is not provided in the Constitution and of brazen violation of basic rights that are protected by the Russian Constitution. On 10th March 1995 the State Duma dismissed the parliamentary commissioner on human rights, Sergei Kovalev, because of his criticism of the military intervention.